

BÜCHER

Neue Reue

Jetzt ist Russlands Befreier Michail Gorbatschow Sozialdemokrat an der Spitze einer neuen Partei, da muss er „Russlands Weg ins 21. Jahrhundert“ programmieren*. Womöglich zu Recht befindet er: „Die sozialistische Idee hat nichts an Bedeutung und historischer Aktualität eingebüßt“; er meint eine Synthese von Individualismus und Kollektivismus. Bei der Gretchenfrage, wie er dabei post festum die sowjetische Version bemisst, wirbt der Taktiker um die Gunst der Genossen von einst: Das Sowjetsystem machte die Modernisierung Russlands möglich, das war keine „verlorene Zeit“. Anders zu denken wäre „ein großer Fehler“. Unter den Bolschewiki wurde das Land in kürzester Zeit in einen „fortschrittlichen Industriestaat“ umgewandelt und überholte gar die USA im Ausstoß von Stahl



und Mähdreschern. Es gab soziale Sicherheit (der Kaserne), die Kultur, die „Aktivitäten der Jugendorganisationen“. Gewiss, der Preis war hoch. Doch über das volle Ausmaß des Terrors wussten nur wenige Bescheid – das kennt man, neu ist die Reue: „Sehr viele“ hielten die Gewaltherrschaft für gerechtfertigt, entschuldigt

Gorbatschow. Er gesteht, noch 1987, nach zwei Jahren Perestroika, habe er vorgeschlagen, die durch Stalin von der Krim vertriebenen Tataren in Mittel-asien „ordentlich unterzubringen“. 1989 ließ er sie endlich zurück auf die Krim. Aber er bleibt dabei: Selbst unter Repression und Deportation „gelang es gerade durch Annäherung und Verschmelzung vielen Völkern, ihre innere Entwicklung voranzutreiben“. Gorbatschow: „Die Oktoberrevolution förderte in riesigen Räumen die Verbreitung der Zivilisation“, in Asien und auch in „Südeuropa“, womit er wohl Jugoslawien meint. Für die Zukunft rät er nun, den Verbund Russland/Weiß-russland um die Ukraine und Kasachstan zu erweitern. Hoffentlich nicht bis Mitteleuropa: In der DDR gab es „einen beachtlichen entwickelten genossenschaftlichen Wirtschaftssektor, der seine Effektivität auch durchaus unter Beweis stellte“. Egon Krenz fände in der russischen Sozialdemokratie seine Heimat.

* Michail Gorbatschow: „Über mein Land – Russlands Weg ins 21. Jahrhundert“. C. H. Beck Verlag, München; 232 Seiten; 38 Mark.



Bukoshi

KOSOVO

„Den Hund verscharren“

Bujar Bukoshi, 52, war vor der Nato-Intervention im Kosovo Ministerpräsident der von der Demokratischen Liga (LDK) geführten Exilregierung. Er verwaltet einen Millionenfonds von Hilfsgeldern albanischer Emigranten.

SPiegel: In Deutschland leben noch etwa 180000 Kosovo-Albaner, die nach 1990 vor serbischen Repressalien geflüchtet sind. Gibt es Gründe, ihre Rückführung zu verzögern? **Bukoshi:** Nein, die Hälfte könnte sofort ins Kosovo heimkehren, auch gegen ihren Willen. Keiner würde auf der Straße sitzen. Hauptgrund ihrer Flucht war der serbische



Kosovo-Albaner in einem Flüchtlingsheim

Genozid. Das ist vorüber, und wir haben kein moralisches Recht, die Gastfreundschaft des deutschen Steuerzahlers weiter zu strapazieren. Der Rest sollte spätestens in zwei Jahren zurück sein.

SPiegel: Der Neuaufbau durch die Uno-Verwaltung verläuft schleppend. Sollten die Albaner nicht tatkräftiger mitarbeiten?

Bukoshi: Wir haben zehn Monate durch die Unfähigkeit des Uno-Verwalters Bernard Kouchner und der OSZE verloren. Es wur-

URUGUAY

Die Schatten der Verschollenen

Fünfzehn Jahre nach Ende der Militärdiktatur wird in Uruguay erstmals offen das Schicksal von 159 verschwundenen Staatsbürgern diskutiert. Auslöser war die Bitte des argentinischen Schriftstellers Juan Gelman an die Regierung in Montevideo, ihm bei den Nachforschungen nach dem Aufenthaltsort seiner Enkelin zu helfen. Deren Eltern wurden in Argentinien während der Militärdiktatur verhaftet, der Vater wurde umgebracht. Die hochschwangere Mutter wurde im Rahmen der „Operation Condor“, wie die Zusammenarbeit der südamerikanischen Militärdiktaturen hieß, nach Uruguay verschleppt und später ermordet; ein einheimisches Ehepaar zog das Neugeborene auf. Vorigen Monat informierte der seit dem 1. März amtierende Präsident Jorge Battle den Autor, seine verschollene Enkelin sei ausfindig gemacht worden – woraufhin sich jetzt ehemalige Tupamaros, Angehörige der uruguayischen Stadtguerrilla, erstmals mit dem Verteidigungsminister und Offizieren trafen, um über das Schicksal der anderen Vermissten zu reden. Präsident Battle hatte den Weg zu den Gesprächen freigemacht, als er Anfang April den Chef des Generalstabs der Streitkräfte entließ. Der hatte großspurig verkündet, dass die Militärs „früher oder später“ an die Macht zurückkehren würden, um „die Feinde“ in der Linken zu bekämpfen.



Battle



in Schwalbach (Taunus)

Bukoshi: Das ist schon ein moderner Mythos geworden. Die Serben verkaufen mittlerweile ihre Häuser freiwillig an Albaner. Aber natürlich: Vereinzelte Übergriffe sind nicht auszuschließen. Prinzipiell sind wir zur Zusammenarbeit mit den Serben bereit. Nur müssen die endlich begreifen, dass Belgrad im Kosovo nie mehr für sie zuständig sein wird.

SPIEGEL: Müssen heimkehrende Albaner, die während des Krieges nicht mit der Untergrundarmee UÇK zusammengearbeitet haben, mit Repressalien rechnen?

Bukoshi: Sicher besteht die Gefahr, dass sie erpresst werden. Aber das Klima ändert sich. Die Bevölkerung erhebt bereits ihre

Stimme gegen die Schurken im Umkreis des ehemaligen UÇK-Chefs Hashim Thaçi. Der Westen muss uns bei der Bekämpfung der aus Albanien importierten Mafia-Gesellschaft helfen, indem er die demokratischen Kräfte im Kosovo unterstützt. Wir haben ein Sprichwort: „Wenn du den Hund getötet hast, musst du ihn auch noch verscharren.“ Der Westen darf im Kosovo nicht auf halbem Weg stehen bleiben.

den keine Arbeitsplätze geschaffen, kaum Investitionen getätigt, nicht einmal die Frage des Wahlrechts für unsere im Ausland lebenden Landsleute geklärt. Man könnte die Kosovo-Albaner auch durch finanzielle Anreize zur Rückkehr ermutigen, damit sie selber in der Privatwirtschaft und beim Aufbau investieren können.

SPIEGEL: Würde man nicht die Vertreibung der restlichen kaum 90000 Serben riskieren?

FRANKREICH

Falle für Chirac

Präsident Jacques Chirac fürchtet um den Fortbestand seiner herausgehobenen Stellung. Mehr als drei Viertel der Franzosen sprechen sich in Umfragen dafür aus, die Amtszeit des Staatsoberhaupts von sieben auf fünf Jahre zu verringern. Damit könnten künftig die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zusammengelegt werden. Der Vorteil: Die Wahrscheinlichkeit würde sinken, dass die Bürger erneut für eine Kohabitation stimmen – also für eine Konstellation, in der wie heute Staatschef und Premierminister aus gegensätzlichen politischen Lagern kommen. Zugleich würde das Parlament gestärkt – derzeit kann die Nationalversammlung vom Präsidenten vorfristig aufgelöst werden. Die Linke unter Regierungschef Lionel Jospin hat sich bereits für die Verkürzung des Mandats ausgesprochen. Aber auch im konservativen Lager gewinnt die Reformidee immer mehr Anhänger. Zu den prominenten Fürsprechern gehören Chiracs früherer gaullistischer Premier Alain Juppé und Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing. Der will noch vor der nächsten Wahl im Jahr 2002 die Initiative für die notwendige Verfassungsänderung ergreifen. Im Falle eines Sieges wäre Chirac, 67, dann schon selbst das erste Opfer der neuen Beschränkung, die das institutionelle Gleichgewicht der Fünften Republik von Grund auf verändern würde.

CHINA

Architekten revoltieren

Der Plan, im Herzen der Hauptstadt Peking ein extravagantes Nationaltheater zu bauen, stößt auf immer stärkere Kritik chinesischer Architekten. Ihr Argument: Das prunkvolle Gebäude aus Glas und Titan, das wie ein riesiger Wassertropfen aussehen soll, wirke zu westlich; es verletze „revolutionäre Traditionen“ und zerstöre damit die nationale Identität der Stadtmitte. Das Theater sei außerdem zu teuer und diene vermutlich nur „einer kleinen Elite“, heißt es in einem Protestschreiben des Peking-er Architekten Alfred Peng an die Regierung. Auch in der Führung der Kommunistischen Partei scheint das futuristische Projekt mittlerweile umstritten zu sein. Starkes Indiz dafür ist ein in der staatlich gelenkten Presse außergewöhnlicher Vorgang: Das englischsprachige KP-Blatt „China

Daily“ dementierte vor kurzem Berichte anderer Parteizeitungen und des staatlichen Fernsehens, denen zufolge die Führung den Bau neben der Großen Halle des Volkes bereits vollständig genehmigt habe. Den Zuschlag für das von dem französischen Stararchitekten Paul Andreu entworfene Nationaltheater erteilte, wie es in Peking heißt, ursprünglich KP-Chef Jiang Zemin. Kritiker behaupten, er wolle sich damit ein Denkmal setzen.

Modell des geplanten Nationaltheaters in Peking

